

Die Wirtschaft fürchtet einen «Schwexit»

EU Economiesuisse-Chefin Monika Rühl warnt vor der Kündigungsinitiative. Sie stellt sich wie die Basler Regierung ohne Wenn und Aber hinter das Rahmenabkommen mit der Europäischen Union.

Kurt Tschan

Ein Ja zur Kündigungsinitiative der SVP sei eine Hochrisikostategie. Die Aufkündigung der Personenfreizügigkeit führe in eine Sackgasse und sei das Ende des bilateralen Weges. Genau diesen wünsche sich aber eine Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer, sagte die Vorsitzende der Geschäftsleitung von Economiesuisse gestern Abend an einem Podium von Metrobasel im Grossratssaal. Wer wie die SVP behaupte, dass ja mit der EU ein umfassendes Freihandelsabkommen ausgearbeitet werden könne, betreibe Augenschwermerei. Solche WTO-Abkommen seien in den letzten Jahren arg ins Stocken geraten. Ein solcher Weg klinge wie ein «Schwexit», sagte Rühl in Anlehnung an den Brexit.

Sie gab zu verstehen, dass mit dem Rahmenabkommen nur fünf von 120 Abkommen mit der EU betroffen seien. Die EU habe in der Vergangenheit deutlich gemacht, dass diese Abkommen einen Rahmen benötigen würden. Weitere Einzelabkommen nach bisheriger Doktrin kämen nicht mehr infrage. «Das Erpresserische der EU stört mich», sagte Rühl. Es blieb ihre einzige Kritik an der Europäischen Union an diesem Abend.

An der gut besuchten Veranstaltung spielte Gerhard Zickenheiner, Mitglied des Deutschen Bundestages (Bündnis 90/Die Grünen), den Ball an die Schweiz



Christoph Brutschin wirbt im Grossratssaal für ein Ja zum Rahmenabkommen. Foto Nicole Pont

zurück. Ein solches Abkommen sei nämlich 2001 von der Schweiz vorgeschlagen worden, sagte er. Auch er machte klar, dass nun daran kein Weg mehr vorbeiführe. «Was würde der britische Premierminister Boris Johnson mit der EU machen, wenn diese im Fall der Schweiz nachgeben würde?», fragte er und verwies auf eine besondere historische Konstellation, die keinen weiteren Spielraum für Verhandlungen offenlasse. Das Rahmenabkommen sei ohnehin «keine Tüte mit der

Aufschrift Überraschung», da permanent kommuniziert wurde. Die Haltung des Bundesrats stosse deshalb aktuell auf grosses Unverständnis in der EU.

Passende Hufeisen

Um einen Erosionsprozess zu verhindern, benötigen die bilateralen Verträge ein Update, sagte Eric Scheidegger, stellvertretender Seco-Direktor. Zum Beispiel stehe die gegenseitige Anerkennung von Normen auf dem Spiel. Bereits im nächsten

Jahr könnte deshalb die Medizinaltechnik den Anschluss an den europäischen Markt verlieren. Wie wichtig gleich lange Spiesse mit der EU sind, betonte auch Syngenta-Sprecherin Regina Ammann. Der Marktanteil ihres Unternehmens liege in der Schweiz bei 0,2 Prozent, jener der EU aber bei 48 Prozent. Bei einem Nein würde es deshalb «viel schütteln», sagte sie.

Noch deutlicher wurde der Vorsteher des Departements für Wirtschaft und Soziales in Basel,

«Die Idee eines Rahmenabkommens stammt von der Schweiz. Sie ist inzwischen 18 Jahre alt.»

Gerhard Zickenheiner
Mitglied Deutscher Bundestag

Christoph Brutschin. «Ein Drittel des schweizerischen Bruttoinlandprodukts stammt von der exportgetriebenen Basler Life-Sciences-Branche», sagte er. 35 000 Grenzgänger seien hier beschäftigt. «Die Basler Regierung steht deshalb ohne Wenn und Aber hinter dem Rahmenabkommen», sagte er. Sofern man wolle, gebe es bei den vielen echten und den vermeintlichen Pferdefüssen passende Hufeisen. Wer das Rahmenabkommen verdamme, solle Alternativen aufzeigen.

SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi blieb eine Antwort schuldig, aber auch er wehrte sich nicht grundsätzlich gegen ein Rahmenabkommen. Allerdings komme es auf dessen Inhalt an, und es dürfe nicht dazu führen, dass EU-Recht automatisch übernommen werden müsse. Dem widersprach Zickenheiner unter Applaus. Kein Drittland habe nämlich so gute Konditionen mit der EU ausgehandelt wie die Schweiz.